Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

24.9.1931 (No. 222)

Visual Library

Nr. 222 Donnerstag, den 24. September 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: i. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Genfer Debatte über die Wirtschaftskrise

Französische und englische Erklärungen

Im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes gab am Mittwoch der französische Finanzminister eine Darstellung des bekannten französischen Standpunktes und legte dabei dar, daß Frankreich jederzeit zur internationalen Mitarbeit und Hilfeleistung bereit gewesen sei, jedoch enthielten seine Ausführungen **auch nicht die geringste Zusage zu irgendwelchem Sanierungsvorschlag**, falls die Sanierungsversuche nicht auf die Grundlage **„neuen politischen Vertrauens"** gestellt werden.

U. a. führte Flandin noch aus: Die Untersuchungen der Baseler Sachverständigen haben gezeigt, daß die **jüngste Krise in Deutschland** ihren Ursprung in der Zurückziehung der kurzfristigen Kredite habe. Das **Transferproblem** wäre niemals akut geworden, wenn die Gläubigerländer direkt oder indirekt eingewilligt hätten, die Zahlungen des Schuldners durch die Handels- oder Zahlungsbilanz auszugleichen. Frankreich hat nicht nur für die Zahlung seiner Forderungen von Deutschland weitgehende Sachlieferungen angenommen, sondern auch zugegeben, daß seine Handelsbilanz mit Deutschland in den letzten Jahren die Reparationszahlungen ausgeglichen hat. Bevor man nach **neuen Krediten** rufe, erklärte er, solle man dafür sorgen, daß die bestehenden Kredite aufrechterhalten werden. Die Verlängerung der kurzfristigen Kredite müsse begleitet sein von **energischen innerwirtschaftlichen Anstrengungen**. Es sei aber zugegeben, daß das volle Vertrauen **nur durch eine internationale Finanzhilfsaktion** wiederhergestellt werden könne. Eine internationale Kreditaktion kann natürlich nur wirksam sein in einer Atmosphäre fortschreitender Beruhigung und auf Grund von ernsten Garantien derart, daß das Land, dem die Aktion zugute kommt, sie nicht **benutzt, um seiner eigenen finanziellen Anstrengungen im Innern ledig zu werden**. Die progressive **Wiederherstellung des freien Warenaustausches und des freien Kapitalverkehrs** ist nur durch gemeinsame Anstrengungen und durch internationales Denken möglich. Es ist die Pflicht der reichen Länder, denjenigen Ländern zu Hilfe zu kommen, die Kapital benötigen. Das wieder erwachende Vertrauen wird aber nur langsam die Barrieren beseitigen, die sich absperrend vor die Kredite gelegt haben. Wenn man von uns verlangt, daß wir in einem internationalen Rahmen große Finanzoperationen organisieren und sogar garantieren sollen, wozu wir bereit sind, so muß man **alle Schleusen des Friedens** öffnen. Wir sind bereit, **gemeinsam** den Weg zu gehen, auf dem wir schon so viele Opfer gebracht haben und der einem relativen Wohlstand entgegenführt. Wir wollen uns aber nicht der müßigen Hoffnung hingeben, daß die gegenwärtige Generation, die die Lasten des Krieges und die Irrtümer der Nachkriegszeit zu tragen hat, den vollen Wohlstand und ein leichtes Leben kennen lernen wird.

Sir Arthur Salters, des englischen Vertreters, Erklärung lief in einer Reihe praktischer Vorschläge für eine vermehrte internationale Zusammenarbeit in den Wirtschafts- und Finanzfragen hinaus, darunter eine Erweiterung und Neuorientierung des Wirtschafts- und Finanzausschusses des Völkerbundes. Dieser Anregung pflichtete Flandin, der noch einmal das Wort ergriff, bei, nahm aber entschieden Stellung gegen gewisse Äußerungen Salters, die als Empfehlung einer **beschränkten Inflation** aufgefaßt werden konnten.

Internationale Aktion das Gebot der Stunde

Der Amsterdamer „Telegraaf" schreibt zur europäischen Finanzkrise: „Solange das durch den **Versailler Vertrag** entstandene deutsche Finanz- und Wirtschaftsproblem keine endgültige und befriedigende Lösung erfährt, wird die **Gefahrenquelle** für die Finanzen und die Wirtschaft der ganzen Welt niemals versiegen. Eine internationale Aktion ist daher das Gebot der Stunde."

Weiteren niederländischen Blättermeldungen zufolge besteht in **Washingtoner** Regierungskreisen die Auffassung, daß die **Schuldenfrage in aller Kürze wieder zur Diskussion gestellt** werde, zumal die englisch-amerikanische Schuldenvereinbarung auf Grundlage der Zahlungskapazität abgeschlossen worden sei.

„Volonté" über den Empfang Poncets

WTB. **Paris**, 24. Sept. (Tel.) „Volonté" begrüßt die bei der **Überreichung** des **Beglaubigungsschreibens** durch François **Poncet** in Berlin zwischen dem **Reichspräsidenten** und dem Botschafter ausgetauschten Ansprachen. Das Blatt schreibt dabei u. a.: „Wir in Frankreich müssen uns über die klare und ganz besonders herzliche **Antwort des Reichspräsidenten** freuen. Seine Anspielungen auf die besonderen Aufgaben Frankreichs und Deutschlands und auf eine fruchtbringende Zusammenarbeit und ihren Verständigungswillen gehen über den reinen Höflichkeitston hinaus. Ein Dialog von Volk zu Volk hebt an. Guter Wille, das ist der Geist, mit dem der neue Vertreter Frankreichs in Berlin die Reise Lavals und Briands nach Berlin vorbereitet."

Weiterbestehen des Europa-Ausschusses

WTB. **Genf**, 24. Sept. (Tel.) Die **Völkerbundsversammlung** hat heute vormittag nach kurzer Aussprache die von dem schweizerischen Bundesrat Motta vorgelegte Entschließung über die **Fortsetzung** der **Arbeiten des Europaausschusses** angenommen.

Vor einer japanischen Note

WTB. **Tokio**, 24. Sept. (Reuter-Tel.) Die Mitglieder des **Kabinetts** sind zu einer dringenden Sitzung zusammenberufen worden, in der die **Antwortnote auf die Vorstellungen des Völkerbundes** durchgesprochen werden soll. Man hofft, den Entwurf noch heute abend veröffentlichen zu können.

Letzte Nachrichten

Die neue Notverordnung

Dauerberatung des Reichskabinetts

CNB. Berlin, 24. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett die eigentlichen Kabinettsberatungen über das Wirtschaftsprogramm begonnen, die durch die gestrigen Chefbesprechungen vorbereitet worden sind.

Gestern abend hat es sich vor allem darum gehandelt, das Problem der **Hauszinssteuer** zu klären, das immer noch die schwierigste Frage im Rahmen des Wirtschaftsprogramms darstellt. Wie man in unterrichteten Kreisen vermutet, werden die Beratungen schließlich darauf hinauslaufen, daß die **beiden Lösungsmöglichkeiten**, über die man bisher gesprochen hat, **zusammengelegt** werden, und zwar in der Form, daß eine **Senkung und ein allmählicher Abbau** der Hauszinssteuer eintritt, und daß außerdem für **den Rest eine ablösende Kapitalisierung** vorgesehen wird.

Eine Frage, die so schnell wie möglich entschieden werden soll, ist die **Kleinsiedlung**, für die die Zeit vor dem Eintritt starker Fröste noch ausgenutzt werden muß. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß dem Reichsminister **Treviranus** heute die Vollmachten des **Siedlungskommissars** übertragen werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen dann bereits die Ausführungsbestimmungen erscheinen, durch die den **Städten** die für die Ingangsetzung des Werkes **erforderlichen Anweisungen** gegeben werden. Wie wir hören, haben sich bereits viele Tausende Arbeitslose um solche Kleinsiedlerstellen beworben.

Die Probleme der **Arbeitslosigkeit** kommen außerdem noch in den Beratungen über die **Zusammenlegung von Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge** zur Geltung.

Darüber hinaus hat das Kabinett noch eine Reihe weiterer Fragen zu behandeln. Dazu gehört z. B. die Notverordnung über die **Sondergerichte**, die inzwischen im Reichsjustizministerium ausgearbeitet worden ist; ferner muß der **Schenkervertrag** vollzogen werden.

Eine große Rolle spielen die Fragen, die mit der **Finanzlage von Reich, Ländern und Gemeinden** zusammenhängen. Dazu gehört in erster Linie die **Beförderungssperre für die Beamten**, die bekanntlich im Zusammenhang mit den preußischen Vorschlägen steht, die **Herabsetzung der Höchstpensionen**, über die vor 14 Tagen bereits ausführlich berichtet wurde, und schließlich die **Verschiebung des Etatjahres vom 1. April auf den 1. Juli.**

Endlich ist noch daran zu erinnern, daß Vertreter der Sozialdemokraten in der letzten Zeit verschiedentlich mit den Ressorts über die Beseitigung der schlimmsten Härten früherer **Notverordnungen** verhandelt haben. Es ist anzunehmen, daß diese Fragen in der neuen Notverordnung ebenfalls realisiert werden.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Beratung all dieser Probleme heute den ganzen Tag und auch noch morgen in Anspruch nehmen wird. Während des Besuches der französischen Minister in Berlin würden die Ressorts dann die Aufgabe haben, die Einzelheiten zu formulieren, so daß die zusammenfassende Notverordnung dann bis spätestens Mittwoch nächster Woche erscheinen könnte.

Der japanisch-chinesische Konflikt

Stimson an den Völkerbund

WTB. Genf, 24. Sept. (Tel.) Der amerikanische Staatssekretär Stimson hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Mitteilung zugehen lassen, worin er den Empfang der Benachrichtigung über den Appell des Völkerbundes an die chinesische und japanische Regierung bestätigt und erklärt, daß Amerika an Japan und China in gleichem Geiste gehaltene Noten senden wird. Er teilt ferner mit, daß er bereits zur Einstellung weiterer Feindseligkeiten und zu einer Ausschaltung weiterer Konfliktgefahren bei den beteiligten Regierungen vorstellig geworden sei.

Wie verlautet, hat gestern ein reger Meinungsaustausch zwischen Genf und Washington stattgefunden. Das Telegramm scheine darauf zu deuten, daß die Vereinigten Staaten sich nicht direkt an dem Vorgehen des Völkerbundes beteiligen wollen, aber gewillt sind, in engem Einvernehmen mit Genf eine Parallelaktion zu unternehmen. Daraus würde sich nach Ansicht maßgebender Völkerbundskreise für Genf wiederum die Notwendigkeit ergeben, sich über alle Beschlüsse mit Washington zu verständigen.

Wie verlautet, hat **China** dem Ratspräsidenten mitgeteilt, daß es die vom Rat beschlossenen vorläufigen Maßnahmen annimmt.

Kein weiterer japanischer Vormarsch

WTB. **London**, 24. Sept. (Tel.) Der „Times"-Korrespondent meldet u. a.: Bei Mukden, Tschangtschun und Kirin sind alle japanischen Truppen in der Mandschurei in die **Eisenbahnzone zurückgezogen** worden. Die Berichte von einem Vormarsch gegen **Charbin** sind **unbegründet**, dafür ist aber die **Räumung dieser Stadt** durch die japanischen Frauen und Kinder angeordnet worden. Der „Times"-Korrespondent in Peking berichtet, nach einer dort aus **Mukden** eingetroffenen Nachricht hätten die Japaner den chinesischen Oberst **Kuan**, der beschuldigt wird, für die **Ermordung eines japanischen Hauptmanns** verantwortlich zu sein, und der sich in chinesischer Haft befunden habe, in ihre Gewalt gebracht.

Das Schluchseewerk

Das werdende Großkraftwerk des Südschwarzwaldes

Im Rahmen eines großzügigen Planes wird seit mehr als zwei Jahren an der Nutzbarmachung der Wasserkräfte des südlichen Schwarzwaldes für die Energieversorgung gearbeitet. Die Kraftwerke am **Oberrhein** und diejenigen des **Murgtales** sollen ergänzt werden durch die vom **Schluchsee** gespeisten Kraftwerke Häusern und Eichholz im südlichen Schwarzwald, durch das Schluchseewerk. In dieser verhältnismäßig kurzen Zeit ist es gelungen, die Arbeiten soweit zu fördern, daß schon im April d. J. der Probebetrieb der ersten beiden Maschinensätze des Kraftwerkes Häusern aufgenommen werden konnte.

Wenn man heute in das Schluchseegebiet kommt, kann man die unmittelbar vor der Fertigstellung stehenden großartigen Bauten dieses neuen Kraftwerksystems bewundern. Das ganze Werk besteht aus mehreren aufeinander abgestimmten Teilen. Es sind dies ein Hangkanal, der vom Feldseegebiet zum Windgfällweiher führt, dieser Weiher, seine natürliche Verbindung mit dem Schluchsee, das Schluchseebecken, die Schluchseesperre, der Stollen und die Druckrohrleitung zum Kraftwerk Häusern, dieses Kraftwerk, das an seinem Fuße liegende Schwarzabecken mit der Talsperre, der Verbindungsstollen zum Werk Eichholz und dieses als Ausgleichskraftwerk erstellte Werk.

Der elf Kilometer lange **Hangkanal**, der am Osthang des Feldbergmassivs bis zum Windgfällweiher führt, sammelt die Wässer aus dem niederschlagsreichen Gebiet der östlichen Abhänge des Feldbergs und führt sie dem Schluchsee zu. Der Kanal, dessen Rohre bis zu 1,7 Meter Durchmesser haben, ist in die Hänge des Gebirges eingebaut. Der bisherige künstliche Abfluß des Windgfällweihers nach Norden ist geschlossen worden und der bis dahin abgeriegelte natürliche Zufluß zum Schluchsee führt die Wässer jetzt diesem zu. Dadurch ist es möglich, den **Schluchsee** so **aufzustauen**, daß die neue Oberfläche das Fünffache der alten betragen wird. Der Nutzinhalt des Schluchsees bei fertiger Staumauer wird 108 Millionen Kubikmeter betragen. Bei einer solchen Aufstauung ist es selbstverständlich, daß auch menschliche Ansiedelungen dem Werk zum Opfer gefallen sind. Eine Reihe von Bauerhöfen des Ortes Aha mußten geräumt werden. Ihre Bewohner bezogen neue, schmucke und geräumige Höfe, die mit allen Einrichtungen eines modernen landwirtschaftlichen Betriebes ausgerüstet worden sind. Beim ehemaligen Ort **Seebrugg**, am Südrand des Sees, der zum größten Teil der Aufstauung zum Opfer gefallen ist, ist die große Staumauer im Aufbau begriffen, die das liebliche Schwarzatal vom Schluchsee trennt. Die Staumauer, bei der gegenwärtig noch 400 Arbeiter beschäftigt sind, wird sich nach oben bis zu etwa 5 Meter verjüngen. Ihr Bau ist ein technisches Meisterwerk. Die anfänglichen Schwierigkeiten in der Gründung der Sperrmauer sind durch zähe und zielbewußte Ingenieurarbeit gemeistert worden. Heute schon ist nahezu die Hälfte der gewaltigen Mauermassen eingebracht. Am Fuße der Staumauer befindet sich ein sogenanntes Tosbecken, das für den unwahrscheinlichen Fall der Überflutung der Staumauer errichtet wird. Hier würden die überflutenden Wassermassen aufgefangen und ihre ungeheure Kraft gebrochen werden.

Gegenüber dem Orte Schluchsee, der durch den Aufstau in unmittelbare Nähe des größten deutschen Sees in 930 Meter Höhenlage gerückt ist, auf der Südwestseite des Staubeckens, nimmt der Stollen, der die gestauten Wasser durch das Gebirge zum **Kraftwerk Häusern** führen soll, seinen Anfang. Hier ist eine Trompete eingebaut, durch die das Wasser in den Stolleneingang fließt. Sie kann durch eine Schutzvorrichtung abgeriegelt werden. Etwa 400 Meter hinter dem Stolleneingang befindet sich eine ähnliche Schutzvorrichtung, so daß der 6 Kilometer lange Stollen, dessen kreisrundes Profil 4,10 bis 5 Meter Durchmesser hat, zu Kontrollzwecken begangen werden kann.

Die **Druckrohrleitung** führt die gewaltigen Wassermassen fast senkrecht hinunter zum Kraftwerk Häusern. Sie besteht aus zwei übereinander liegenden Teilen von 3 bzw. 2,75 Metern Durchmesser und ist zum größten Teil in Betrieb. In starkem Gefälle braust das Wasser hinunter auf die **Turbinen** und treibt die beiden schon in Betrieb befindlichen gewaltigen Maschinensätze, von denen jeder eine hydrauliche Leistung von 50 000 PS hat. Die beiden restlichen Sätze werden in den nächsten Wochen dem Probebetrieb übergeben werden können, so daß dann im Kraftwerk Häusern 180 000 PS zur Verfügung stehen werden.

Dem Besucher bietet sich das **Kraftwerk Häusern** als ein moderner, durch seine Fensteranlagen erhellter Industriebau dar, der sich der Landschaft des Schwarzwaldes gut einfügt, während man von den 22 Meter tiefgehenden Bauten, die die ganzen Maschinenanlagen bergen, so gut wie nichts sieht. Die als Motorgeneratoren ausgebildeten elektrischen Maschinen dienen sowohl der Stromerzeugung wie auch dem Betrieb der großen **Pumpwerke**, die das Wasser in Zeiten minderen Strombedarfs über die Druckrohrleitung und den Schluchsee-Schwarzastollen in den Schluchsee zurückfördern. Im Kraftwerk Häusern sind alle Erfahrungen des modernen Kraftwerkbaues verwendet worden. Das Fesselndste ist das vollautomatische System der Anlage. Im sogenannten Kommandoraum befindet sich ein sinnreich ausgedachtes Kontrollsystem, das dem Schaltwärter eine ganz genaue Kontrolle über den ganzen Betrieb des Kraftwerkes gibt. Ein optisches Schaltbild informiert den Wärter über die augenblickliche Lage des Werkes. Kontrollapparate zeigen ihm den genauen Zustand und Lauf der Maschinen an. Will er eine bestimmte Schaltung vornehmen, so zeigt ihm das Leuchtschaltbild, ob er diese Schaltung vornehmen darf. Schaltet er trotzdem, so ist der davon betroffene Teil der Anlage blockiert. Auch wenn er die Warnsignale nicht beachtet, wirkt das vollautomatische System, die Maschinen werden selbsttätig ausgeschaltet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Am Fuße des Kraftwerkes befindet sich die vollständig fertiggestellte **Schwarzatalsperre**, durch den Aufstau ist hier ein neuer, reizvoll gelegener Schwarzwaldsee entstanden. Vom Schwarzabecken führt ein 3 Kilometer langer Stollen zu dem **Ausgleichskraftwerk Eichholz**, um das Gefälle von 130 Metern noch auszunützen. Auch hier ist die Maschinenanlage so weit fertiggestellt, daß der Probebetrieb demnächst aufgenommen werden kann. Eine zusätzliche Leistung von 28 000 PS stehen zum Ausgleich auf diese Weise noch zur Verfügung. Die Organisation dieser Anlage gleicht im übrigen derjenigen von Häusern.

Das nun bald vollendete Schluchseewerk, die Bauten sollen bis spätestens 1932 beendet sein, ist das zweite Großkraftwerk des Schwarzwaldes. Es wird eine Leistung von rund 200 000 Pferdestärken aufweisen. Für das Land Baden und insbesondere für die oberbadische Industrie wird es von außerordentlicher Bedeutung sein, aber auch die Überlandnetze nach Rheinland-Westfalen hin, werden von dem Strom gespeist sein, den die weiße Kohle des südlichen Schwarzwaldes erzeugt.

Badische Wirtschaftstagung in Konstanz

Die wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände

Die wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, hielt am Dienstag in **Konstanz** eine gut besuchte Tagung ab. Es wurden die wirtschaftlichen Fragen der Zeit von sachkundiger Seite behandelt und dann eine Aussprache gepflogen.

Es sprachen Landwirtschaftsdirektor Dr. von **Engelberg**, Karlsruhe, über die wirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart und über die Gefahren, welche heute vor allem der kapitalistischen Wirtschaftsordnung drohen. Vom Standpunkt des Handels und der Industrie aus betrachtete Präsident Dr. **Lenel**, Mannheim, die Lage der Wirtschaft. Er wies besonders auf die Fruchtbarmachung der Forderungen des Deutschen Industrie- und Handelstages hin. Handwerkskammersyndikus Dr. **Herfurth**, Konstanz, sprach über die Schwierigkeiten des Handwerks in der Gegenwart.

Über das Thema **„Die geplante Reichsreform"** sprach der Präsident des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Reichswehrminister a. D. Dr. **Geßler**.

Er führte u. a. aus: Die durch die Bismarcksche Reichsreform geschaffene Verbindung der Reichsgewalt mit der preußischen Macht und die preußische Führung im Bundesrat wurde in der Verfassung von Weimar beseitigt. Reichspräsident und Reichsregierung stehen in keinem organischen Zusammenhang mit der preußischen Regierung, obwohl sie in derselben Hauptstadt leben. Das macht große Schwierigkeiten, denn Preußen ist die Hauptmacht geblieben und seine Bevölkerung umfaßt drei Fünftel der Reichsbevölkerung. In das preußische Gebiet eingestreut, liegen eine Anzahl von Kleinstaaten, denen es immer unmöglicher wird, ihre Aufgaben als „Gliedstaaten" zu erfüllen. Sie müssen deshalb Anschluß suchen.

Die **süddeutschen Staaten** halten an ihrer Eigenstaatlichkeit fest, auch Sachsen, Thüringen und Hessen, was sich auch aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Länder ergibt. Aber auch Thüringen und Sachsen drängen nach einer Neuregelung ihres Verhältnisses zum Reich, vor allem aus finanziellen Gründen. Diese Verschiedenartigkeit der Länder führt zu einer immer stärkeren Verwischung der Zuständigkeit des Reiches und seiner Glieder. Die süddeutsche Stellung in der Frage der Reichsreform ist nicht einheitlich. **Bayern** hat die Beschlüsse des Verfassungsausschusses abgelehnt. **Württemberg** und **Baden** haben grundsätzlich zugestimmt. Der einzige Weg, in absehbarer Zeit in der Frage der Reichsregierung voranzukommen, ist, daß man sich auf den Boden des Verfassungsausschusses stellt. Dazu ist aber notwendig die Herstellung einer **süddeutschen Einheitsfront**, wenigstens nach der Richtung hin, daß eine Sicherung der neuen Zuständigkeitsverteilung gegenüber dem „Gesetz der Zahlen" erfolgt. Denn Süddeutschland ist zahlenmäßig in der Minderheit. Man darf nicht übersehen, daß, wenn auch die Arbeit an der Reichsreform stockt, die Dinge doch im Fluß bleiben.

Kurze Nachrichten

Die vereinigten Reichsratsausschüsse beschäftigten sich am Mittwoch mit den Durchführungsbestimmungen zu der durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung. Nach längerer Aussprache wurde die Vorlage angenommen.

Schwere politische Schlägerei in Stuttgart. Am Mittwochabend kam es in einer nationalsozialistischen Versammlung, die auch von zahlreichen Kommunisten besucht war, zu einer größeren Schlägerei, bei der viele Personen verletzt wurden. Bei der Räumung der Straßen mußte die Polizei wiederholt vom Gummiknüppel, in einem Falle sogar von der Schußwaffe Gebrauch machen. Es erfolgten über **100 Festnahmen**.

Die Handelskammern Englands für Hochschutzzoll. Der Präsident der Vereinigten Handelskammern, Sir William Lees, erklärte, wie aus **London** gemeldet wird, die Kammern würden mit entschiedener Mehrheit für einen Schutzzolltarif eintreten, wenn die Zolltariffrage von den politischen Problemen getrennt werden könnte.

Die Frage einer Weltsilberkonferenz. Ein von der Internationalen Handelskammer in **London** eingesetzten und aus drei Währungssachverständigen bestehender Ausschuß, der den Vorschlag der Einberufung einer Weltsilberkonferenz prüfen soll, ist heute, Donnerstag, in London zusammengetreten. Er wird der Internationalen Handelskammer in **Paris** nach Abschluß seiner Beratungen Bericht erstatten.

Um den Rigaer Dom. Das Ergebnis der Volksabstimmung in der Rigaer Domkirchenfrage wird nun veröffentlicht. Hierin erklärt der Staatspräsident, unter Berufung auf Präsedenzfälle und unter Anführung des entsprechenden Artikels der Verfassung, daß die Domkirchenvorlage (welche den Deutschen die Kirche nehmen wollte), **abgelehnt** sei, weil nur 32 Proz. der gesamten Bürgerschaft an der Abstimmung teilgenommen hätten.

Der spanische Visumzwang. Die spanische Regierung beabsichtigt, für eine Reihe von Staaten wieder den Visumzwang einzuführen. Eine Note der spanischen Regierung kündigt das deutsch-spanische Paßabkommen aus dem Herbst 1928 mit Wirkung vom 22. September an. Die deutsche Regierung wird sich nun voraussichtlich auch gezwungen sehen, von den nach Deutschland einreisenden Spaniern ein Visum zu verlangen.

Unruhen in Britisch-Ostindien. In **Srinagar** (Britisch-Ostindien), ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen, die von Mohammedanern veranlaßt wurden. Es wurden dabei 90 Personen verletzt. Vier Polizeibeamte erlitten schwere Verletzungen. Bei einem Angriff auf eine Militärwache sah sich diese gezwungen, Feuer zu geben, wobei vier Angreifer getötet und sechs verletzt wurden.

Einwanderungsverbot in Chile. Chile hat mit Rücksicht auf den Stand der Arbeitslosigkeit jede Einwanderung untersagt.

Aus den Ländern

Württembergs Sparmaßnahmen

Die württembergische Regierung machte am Mittwoch im **Finanzausschuß des Landtags** Mitteilung davon, daß das **Defizit** im Staatshaushaltsplan für das Planjahr 1931 **um weitere 12 bis 13 Millionen Reichsmark gestiegen** sei. Dieser Betrag setze sich zusammen aus außergewöhnlichen Hagelschadenvergütungen in Höhe von 2,2 Millionen Reichsmark, aus einem weiteren Minderertrag der Forsten von 2 Millionen Reichsmark und im übrigen aus dem Rückgang der Reichssteuerüberweisungen. Bei dieser Gelegenheit gab Staatspräsident Bolz einen Bericht über die **Verhandlungen unter den Länderregierungen**, die kürzlich in Stuttgart stattgefunden haben. Dabei hat sich herausgestellt, daß jedes Land **selbständig** vorgehen müsse. In **Württemberg** sei der Sachaufwand bereits um 20 Proz. gesenkt, es bliebe also nur der Personalaufwand übrig, der zur Zeit 120 Millionen Reichsmark beträgt. Die Regierung schlage vor, durch Verordnung die **Beamtengehälter**, unter Freilassung der Gehälter unter 1500 RM. pro Jahr und der Bezüge der Polizei, um 5 Proz. zu kürzen. Das ergebe für das Jahr 6 Millionen, für das restliche halbe Planjahr, also 3 Millionen Reichsmark. Weiterhin soll eine Sperrfrist von zwei Jahren für neu zu besetzende Stellen 300 000 RM. ergeben; ferner soll das Wohnungsgeld bei den ledigen Beamten bis zum 45. Lebensjahr um die Hälfte gekürzt und der Fonds für Unterhaltungszuschüsse und Beihilfen für höhere und mittlere Beamte in Etappen abgebaut werden. Für die **Gemeinden** kommen in Württemberg einschneidende Maßnahmen nicht in Betracht. Nur einige Besonderheiten in pensionsrechtlicher Beziehung sollen beseitigt, ferner soll den Gemeinden die gesetzliche Unterlage dafür gegeben werden, die Gewährung der **Lernmittelfreiheit** von der Feststellung des **Bedürfnisses** abhängig zu machen. Wie sich aus einer Mitteilung des Kultusministers ergab, werden die **Staatszuschüsse an die Kirchen** im Verhältnis der fünfprozentigen Beamtenbesoldungskürzung weiter reduziert werden.

*

Länder gegen Sondergerichte? Wie dem „B. T." aus **München** berichtet wird, soll beim **bayerischen** Justizministerium wenig Neigung für das Projekt vorhanden sein, Sondergerichte zur schnellen und strengen Aburteilung von Terrorakten, geschäftlicher Mißwirtschaft und verschiedenen anderen Delikten zu schaffen. Im **preußischen** Justizministerium soll, dem gleichen Blatt zufolge, ebensowenig Neigung zur Schaffung von Sondergerichten herrschen. Vermutlich würden auch die meisten übrigen deutschen Länder auf dem gleichen Standpunkt stehen.

Wiederbeginn der Ausschußarbeiten im Reichstag

VDZ. **Berlin**, 24. Sept. (Tel.) Nachdem die Sitzungen des Strafrechtsausschusses abgesagt worden sind, werden einige andere **Ausschüsse** in den nächsten Tagen ihre Arbeit beginnen. Für den 29. September ist der **Wohnungsausschuß** des Reichstages einberufen worden, der sich mit Initiativanträgen der Sozialdemokraten und des Christlichsozialen Volksdienstes zu einem **Wohnheimstättengesetz** beschäftigen wird. Am gleichen Tage finden Verhandlungen des Ständigen **Unterausschusses des Haushaltsausschusses statt**, denen einige bei den **Etatberatungen** von der Reichsregierung zugesagte Vorlagen zugrunde liegen, nämlich eine Denkschrift des **Auswärtigen Amtes** über **Sparmaßnahmen** im Amt, eine Nachweisung über die Arbeit der **Oststelle** bei der Reichskanzlei und ein Schreiben des Reichsfinanzministers über die Durchprüfung der **Landesfinanzämter**.

Weiter wird vom 8. bis 10. Oktober der **Beamtenausschuß** des Reichstages tagen. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig nur Petitionen.

Lohnabbau in der amerikanischen Industrie

Die American Smelting and Refining Company und die Utah Copper Company haben die **Bezüge sämtlicher Arbeiter und Angestellten** mit Wirkung vom 1. Oktober **gekürzt**. Von Gehaltsreduzierungen in der **Stahlindustrie** werden 220 000 Beschäftigte betroffen, von denen 50 000 in der **Bethlem Steel Corporation** arbeiten. Von den Gehaltskürzungen bei **General-Motors** in Höhe von 10 bis 20 Prozent werden nur die Büroangestellten betroffen. Die **United States Rubber Company** hat bisher die Löhne ihrer Plantagenarbeiter nicht gekürzt.

Aus **Washington** verlautet, Präsident **Hoover** sei darüber ungehalten, daß Industriegesellschaften einen Lohnabbau ankündigen, obwohl er sich in einer Kundgebung nachdrücklich für eine Aufrechterhaltung der Lohnsätze eingesetzt habe. Die Arbeiterführer erklären, daß der Lohnabbau die Depression verstärken und die Rückkehr zum Wohlstand verhindern werde.

Kleine Chronik

Zu dem dreifachen Mord in Dortmund wird gemeldet, daß der ermordete Kaufmann Eduard **Moser** ein leidenschaftlicher Briefmarkensammler gewesen ist und in seinem Besitze zahlreiche seltene Stücke von großem Wert gehabt hatte. Die Briefmarkensammlung ist lose in der Wohnung verstreut aufgefunden worden, und man vermutet, daß es dem Mörder darum zu tun war, die Kostbarkeiten der Sammlung an sich zu bringen.

Wie seinerzeit gemeldet, wurde am 18. September in **Stettin** die 84jährige Witwe Ladewig in ihrer Wohnung in Stettin **ermordet** aufgefunden. Die Tat war von zwei Männern verübt worden, von denen sich der eine nach **Kiel** gewandt hatte. In Kiel ist er am Montag **festgenommen** worden. Der zweite Täter soll nach Süddeutschland geflüchtet sein.

Das amerikanische Marineluftschiff **„Akron"** ist Mittwochnachmittag zu seiner ersten dreistündigen Fahrt aufgestiegen. Diese Fahrt des neuen Luftschiffes ist ohne Zwischenfall verlaufen. An Bord des Riesenluftschiffes befanden sich 111 Passagiere, darunter der amerikanische Marinesekretär Adams.

In **Wyndham** (Westaustralien) ist der bekannte englische Armeeflieger Kingsford-**Smith** am heutigen Donnerstag gestartet, um den für den Distanzflug **Australien—England** bestehenden Rekord zu brechen.

Die letzte „Andreas-Hofer"-Aufführung in Oetigheim. Am nächsten Sonntag, den 27. September findet die letzte „Andreas-Hofer"-Aufführung auf der Naturbühne Oetigheim statt. Es wäre zu wünschen, daß dieser letzte Spieltag vom Wetter besser begünstigt bei stark ermäßigten Preisen noch einige Tausend Besucher nach Oetigheim lockt, die bisher aus irgend einem Grunde das schöne Spiel nicht besuchen konnten und dem Spielunternehmen noch einen kleinen Ausgleich bringt für den großen Ausfall in dem bis jetzt schlechtesten Spielsommer seit Einführung der Spiele. Auch Vereine und Schulen sind willkommen.

Der Adlerschild an Dr. Walter Simons. Der Reichspräsident hat dem Reichsgerichtspräsidenten i. R., Professor D. Dr. Walter **Simons** anläßlich seines 70. Geburtstages den Adlerschild des Reiches übermittelt und diese Auszeichnung mit einem Glückwunschschreiben begleitet, in dem auch daran erinnert wird, daß Simons nach dem Tode Eberts, getragen vom Vertrauen des vom Volke gewählten Reichstages, das Amt des Reichspräsidenten bis zu Hindenburgs Amtsantritt verwaltet hat. Der Adlerschild trägt die Widmung: „Walter Simons, dem hohen Richter, dem Förderer des Völkerrechtes, der Reichspräsident zum 24. September 1931."

Badischer Teil

Das Spargutachten im Landtag

61. Sitzung

DZ. **Karlsruhe**, 24. Sept. 1931

Präsident **Duffner** eröffnet ¼10 Uhr die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. **Person** namens der Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, die sich in scharfer Weise gegen einen Artikel des nationalsozialistischen „Führer" richtet, der am 19. September unter der Überschrift „Das Zentrum hat keine Zeit, die Religion zu schützen" erschienen ist und die Abwesenheit der Fraktion während der Rede des kommunistischen Abg. Bock kritisierte.

Das Haus setzt dann

die Beratung über die Sparvorschläge

fort.

Es folgt zunächst der Bericht des Abg. Dr. **Wolfhard** (Staatspartei) für den Bereich der

Justizverwaltung

Der Haushaltsausschuß schlägt u. a. folgende

Richtlinien

vor:

Ministerium: Die Zahl der Oberregierungsräte ist auf **8** und die der Regierungsräte auf 2 zu begrenzen, die Stelle des Obermedizinalrats fällt künftig weg. Die Zahl der mittleren Beamten wird von 25 auf 22 herabgesetzt. Die Einstufung der mittleren Beamten ist in Einklang mit den übrigen Ministerien derjenigen von Württemberg anzugleichen.

Gerichte, Staatsanwaltschaft und Notariate: 100 Stellen des gehobenen mittleren Dienstes sind künftig in Stellen des einfachen mittleren Dienstes umzuwandeln. Kanzleibeamte sind in erheblichem Umfange durch Kanzleiangestellte zu ersetzen.

Strafanstalten. Bei dem Aufsichtspersonal sind weitere 10 Stellen einzusparen. Das Aufsichtspersonal der Strafanstalten ist im gleichen Verhältnis wie das der Heil- und Pflegeanstalten in die Besoldungsgruppen A 7a und A 8 einzustufen.

Fürsorgeerziehungswesen. Als Direktoren der Erziehungsanstalten Flehingen und Sinsheim sind künftig nur noch Beamte der Gruppen A 2d und A 3b zu verwenden. Es ist zu prüfen auf welche Weise eine Verbilligung der Fürsorgeerziehung herbeigeführt werden kann.

Die Entscheidung über **Aufhebung oder Zusammenlegung von Amtsgerichten** wird zunächst zwecks Aufstellung genauer Berechnungen über die finanziellen Wirkungen ausgesetzt. Amtsgerichte sollen nur dann aufgehoben oder zusammengelegt werden dürfen, wenn ins Gewicht fallende Ersparnisse gemacht werden und andererseits keine Erhöhung der Ausgaben der rechtsuchenden Bevölkerung eintritt. Das gleiche gilt für die Ernennung von Amtsrichtern zu Richtern bei mehreren Amtsgerichten. Die zweite Richterstelle in Überlingen ist aufzuheben.

Die **Notariate** Tengen, Stetten a. k. M. und Gerlachsheim werden aufgehoben, das Notariat Rheinbischofsheim nach Kehl verlegt. Über etwaige weitere Veränderungen sind noch Berechnungen anzustellen.

In Gemeinden unter 500 Einwohnern kann die **Grundbuchführung** grundsätzlich auf ein benachbartes Grundbuchamt übertragen werden. Acht Gemeindegrundbuchämter sind zu verstaatlichen.

Alle zum Verhandlungsgegenstand vorliegenden Gesuche sollen als **erledigt** erklärt werden.

Im übrigen wird beantragt, von der Stellungnahme des Staatsministeriums zu den Anträgen der Sparkommission über den Geschäftsbereich des Justizministeriums **zustimmend Kenntnis zu nehmen.**

Es folgt der Bericht des Abg. **Heid** (Sozdem.) über

die Sparvorschläge zum Staatsministerium

Der Antrag geht dahin:

1. Der Stellenplan nach der Entscheidung des Staatsministeriums wird gutgeheißen.
2. Die Frage der **Zuständigkeit des Staatsministeriums als** oberste Landesbehörde ist einer Prüfung zu unterziehen.

In bezug auf die

Vertretung Badens beim Reich

beantragt der Ausschuß:

Eine der bisherigen Stellen der Ministerialdirektoren ist bis auf weiteres nicht mehr zu besetzen. Das Gesandtschaftsgebäude ist weitgehend auszunützen und es ist die Möglichkeit einer Veräußerung zu prüfen. — Weitergehenden Anträgen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen soll die Zustimmung versagt werden.

Das Wort erhält dann der

Abg. **Bauer** (D. Natl.) zur Begründung eines Antrages seiner Partei. Es wird darin die **Abschaffung des Justizministerpostens** gefordert. Der Redner meint, der Wechsel in den Ministerien beweise, daß diese nicht für das Volk, sondern für die Parteien da seien. Nur das Zentrum habe die Beibehaltung des Justizministeriums gewünscht. Die Not werde dazu führen, daß man jetzt zu jahrelang abgelehnten Sparvorschlägen greift. Im Ausschuß sei vom Zentrum gesagt worden, daß sich der badische Gesandte in Berlin durch Auslassungen des Spargutachtens nicht beleidigen lasse (Zurufe im Zentrum: Sehr richtig!). Weiter habe man erklärt, der Gesandte hätte große Opfer bringen müssen. Es sei bezeichnend für unsere Verhältnisse, daß ein Mann mit 41 000 Reichsmark Einkommen jährlich, in Berlin nicht mehr auszukommen vermag (Lebhafte Zurufe im Zentrum — Abg. Honikel: Der Gesandte hat das Geld seinen Landsleuten gegeben). Der Redner hält die Ausgaben für Repräsentation usw. für ungewöhnlich hoch. Es wäre physiologisch angebracht, die Aufwandsgelder für die Minister und die Stellenzulagen zu streichen. Man denke doch daran, wie die Bezüge der Kriegsbeschädigten gekürzt wurden (Zurufe der Sozialdemokraten: Und die Offizierspensionen?). Der Redner setzt unter zeitweise großer Unruhe im Hause seine Ausführungen fort. (Der Abg. Reinbold wird wegen des Zwischenrufes „Die deutschnationale Stellungnahme sei verlogen" vom Präsidenten gerügt). Die Deutschnationalen verlangen fer-

ner die Verkleinerung der Landtagsausschüsse. Der Antrag fordert schließlich, daß keinem Beamten mehr denn 15 000 Reichsmark Jahresgehalt bezahlt werden dürfen.

Staatspräsident Dr. Schmitt

erklärt, daß die vom Vorredner angeschnittenen finanzpolitischen Fragen bereits Gegenstand der Beratungen seien. Man könne aber nicht eine Einzelfrage aus dem Gesamtkomplex herausnehmen. Unter dem Gesichtspunkte der Orientierung hält der Staatspräsident in dieser Notzeit eine **stärkere Zusammenfassung der Ministerien im Staatsministerium** für geboten. Auf diese Weise würde dem Finanzminister in seinen Maßnahmen gedient. Was die **Vertretung Badens bei Reichsregierung und Reichsrat** anlangt, so ist bereits im vorigen Jahre auf dem Verordnungswege eine Vereinfachung erfolgt. Irgendeine Vertretung in Berlin brauchen wir. Die Gesandtschaft in Berlin wird nicht neu besetzt. Der Staatspräsident fährt alle drei Wochen nach Berlin.

Der Justizminister geht dann auf das Gebiet der **Justizpflege** über. Unser Recht müsse national, sozial und gerecht angewendet werden. Unsachliche Kritik an Urteilen sei zu bedauern.

Der Redner unterstreicht nachdrücklich die Notwendigkeit eines **eigenen Justizministeriums.** Die Gerichtsbarkeit sei das Qualitätsmerkmal für die Existenz eines Landes. **Daß die Justiz bei den Ländern zu verbleiben hat,** habe auf die Länderkonferenz mit 10 gegen 8 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen entschieden. Es handle sich um die **landsmannschaftliche Betreuung unseres Volkes.** Die Beibehaltung des Justizministeriums sei aus sachlichen Gründen geboten, die Verwaltung in Personalunion mit einem anderen Ministerium eine Unmöglichkeit. Gerade unter dem finanziellen Gesichtspunkte müsse der Justizminister selbständig sein. Es handle sich nicht um die 20 000 RM., sondern um das **ureigene Interesse der Bevölkerung.**

Nach einem Hinweis auf die Zahl der Ministerien in Württemberg und Bayern fordert der Minister auf: Wer sich getraut, das Unterrichts-, Justiz- und Staatsministerium zu verwalten, der trete vor! (Große Heiterkeit, da sich niemand meldet). An der Organisation der Notariate, so fährt der Staatspräsident fort, solle man nichts ändern, ehe man weiß, daß etwas Besseres an ihre Stelle tritt. Auch an die Aufhebung und **Zusammenlegung der Amtsgerichte** müsse man mit Vorsicht gehen. Man denke an die wirtschaftlichen Folgen der Aufhebung von Behörden. Zu erwägen sei die Errichtung von **Grundbuchzweckverbänden** für kleine Gemeinden.

Zum Schluß spricht der Staatspräsident dem Gesandten **Honold** den Dank **des Staatsministeriums** und der überwiegenden Mehrheit des Hauses aus, für die großen Opfer, die er aus **eigenem Vermögen** für Baden und seine Landsleute gebracht habe. Er sei aus idealen Gründen Gesandter geworden und habe aus idealen Gründen die Konsequenzen gezogen, als er sah, daß die badische Gesandtschaft in Berlin nicht mehr nötig sei. Der Staatspräsident hebt insbesondere hervor, wie sehr sich Gesandter Honold um die Schurmanhilfe, die Freiburger Klinikbauten, die badische Wirtschaft in Mannheim und um die Westhilfe verdient gemacht hat.

Aus der Rede sei noch nachgetragen, daß der Minister gegen die Aufhebung der Notariate in Rheinbischofsheim und Stetten a. k. M. ist.

Nächste Sitzung nachmittag ¾4 Uhr. Schluß nach 1 Uhr.

*

Abschluß der Ausschußberatungen

Der **Haushaltsausschuß** beendete am Mittwoch seine Beratungen über die Stellungnahme des Staatsministeriums zu den **Anträgen der Sparkommission** zur Finanzverwaltung.

Nach kurzer Aussprache wurde der Untertitel „Forstverwaltung" mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Bei der **Wasser- und Straßenbauverwaltung** regte der volksparteiliche Berichterstatter an, daß, solange durch die räumlichen Schwierigkeiten eine Angliederung der Wasser- und Straßenbaudirektion an das Finanzministerium nicht möglich ist, trotzdem in Erwägungen einzutreten sei, um jetzt schon eine vereinfachte Handhabung zu gewährleisten. Die Anregung der Sparkommission, wonach der **mechanische Kanzleidienst** ausschließlich durch weibliche Angestellte besorgt werden soll, trat der Berichterstatter grundsätzlich mit der Forderung entgegen, daß in allen Fällen, wo an Stelle von Beamten Angestellte beschäftigt werden sollen, man in der Vornehmheit auf **männliche Arbeitskräfte** zurückgreifen soll. Der Ausschuß stimmte dem zu. Zentralkassenverwaltung, staatliche Wirtschaftsunternehmungen sowie Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung wurden nach kurzer Aussprache mit 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Im Anschluß an die Sitzung machte Finanzminister Dr. **Mattes** eingehende Darlegungen über die **Finanzlage des Landes.** Die Koalitionsparteien beschlossen einen Antrag, wonach die Regierung ersucht wird, den **Haushalt** auf Grund der Vorschläge des Reichsfinanzministers vom 27. August 1931 **in Ordnung zu bringen.** Dieser Antrag wurde mit allen Stimmen gegen zwei (Staatspartei und Nationalsozialisten) bei Enthaltung der Wirtschaftspartei angenommen.

*

Weitere Gehaltskürzung bevorstehend?

Wie schon aus der Regierungserklärung und der großen Rede des Finanzministers Dr. Mattes bei Wiederzusammentritt des Landtages Anfang September mitgeteilt wurde, ist der Erlaß einer **zweiten Badischen Notverordnung** nicht zu umgehen, weil das **Defizit** des badischen Staates sich auf etwa **zehn Millionen RM.** erhöht hat. Die Durchführung des Spargutachtens auf Grund der Vorschläge der Regierung und den Beschlüssen des Landtags dürfte eine Ersparnis von ungefähr drei Millionen RM. bringen.

In der Zwischenzeit hat die Finanzlage, wie vorauszusehen war, eine weitere Verschlechterung erfahren, die die Regierung veranlaßt, die Herausgabe der zweiten Notverordnung zu beschleunigen. Die Deckung des Defizits nach Abzug der Einsparungen von drei Millionen RM. bereitet der Regierung ernste Sorge.

Aus durchaus zuverlässiger Quelle wird dem **Badischen Landespressedienst** bekannt, daß sich eine **weitere Gehaltskürzung nicht umgehen läßt.** Welchen **Umfang** diese Kürzung annehmen wird, stehe in diesem Augenblick noch nicht fest.

Zu den Maßnahmen der Regierung gehören ferner die Aufrückungssperre und die Erhöhung der Gebühren und Sporteln, Maßnahmen, die in der Öffentlichkeit schon bekannt geworden sind.

Die Beratungen über **weitere Sparmöglichkeiten** werden im Augenblick zwischen den einzelnen Ministerien mit dem Staatsministerium geführt.

Die Gehälter der Gemeindebeamten

Die badische Regierung hat Richtlinien, welche die künftige Besoldung der badischen Gemeindebeamten regeln und gegenwärtig den Gemeinden zur Begutachtung vorliegen, ausgearbeitet. Diese Richtlinien stellen einen vollständig **neuen Besoldungsplan** mit 20 Gruppen auf. In der obersten Gruppe befinden sich die Oberbürgermeister von Mannheim und **Karlsruhe** mit festen Gehältern von 20 000 RM., in der untersten Gruppe Wächter, Aufseher und Straßenwärter mit Gehältern, die von 1500 bis 2100 RM. steigen. Die in dem Tarif genannten Gehälter sind als Maximalgehälter anzusehen. Die Bestimmungen über Dienstalter, Zulagen, Wohnungsgeld, Pension usw. dürfen nicht **günstiger** als die für die **entsprechenden staatlichen Beamten** sein. In Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern kann den Bürgermeistern eine Dienstaufwandsentschädigung bis zum Betrage von 10 Proz. des Grundgehalts, in Ausnahmefällen mit Genehmigung der Regierung ein höherer Satz bewilligt werden. Verglichen mit der **preußischen** Regelung sind — wie die „Frankf. Zeitung" dazu schreibt — die badischen Richtlinien bei der Bemessung der Grundgehälter zum Teil weniger streng; in Städten mit über 100 000 Einwohnern z. B. billigt Preußen dem Oberbürgermeister nur 18 000, Baden dagegen 20 000 Reichsmark zu. Dagegen werden die **Aufwandsentschädigungen** in Baden beträchtlich mehr eingeschränkt als in Preußen. Außerdem fehlt in den badischen Richtlinien eine Vorschrift über die stufenweise vorzunehmende Senkung bei sehr starken Herabsetzungen, wie Preußen sie eingeführt hat.

Fünfprozentige Gehaltskürzung auch für die badischen Staatsangestellten

Der Schlichter für Südwestdeutschland hat einen Schiedsspruch gefällt, demzufolge für die badischen Staatsangestellten eine **Gehaltssenkung von 5 Proz. wie für die badischen Beamten** eintreten soll. Die Freigrenze soll allerdings statt 2000 Reichsmark, wie sie für die Beamten festgesetzt wurde, 2600 Reichsmark betragen. Vorgesehen ist ferner eine andere Abstaffelung des Wohnungsgeldzuschusses in Höhe von 30 bis 50 Proz., während der Wohnungsgeldzuschuß für die außerplanmäßigen Beamten nach einer Erklärung des Finanzministers im Badischen Landtag einheitlich auf 30 Proz. festgesetzt worden ist.

Obiger Schiedsspruch ist am Mittwoch von sämtlichen Parteien angenommen worden.

Der Rheinbrückenneubau Mannheim-Ludwigshafen

An der neuen Rheinbrücke und an den beiderseits sich anschließenden Rampen hat sich seit einiger Zeit eine rege Bautätigkeit entfaltet. Vom Bahnhof Ludwigshafen angefangen bis hinüber zum Mannheimer Schloß, reiht sich eine Baustelle an die andere und beim Gang über die Baustellen gewinnt man gegenwärtig recht gut einen Einblick in die Gesamtheit der hier zu bewältigenden Arbeiten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beläuft sich auf etwa 320 bis 340 Mann, abgesehen von denen, die in den Werkstätten der Eisenbaufirmen für die Brücken tätig sind.

Auf der **Mannheimer** Rheinseite sind die durch den Rheinbrückenbau bedingten Arbeiten voll im Gange. Von den zahlreichen Kunstbauten harren einige der nahen Vollendung, andere sind im Werden begriffen. Da sieht man neben der Rheinbrücke das Widerlager und den Pfeiler der Anschlußbauwerke. Sie ruhen auf betonierten Rohr- und Rammpfählen und sind bereit zur Aufnahme der im Laufe des Winters eintreffenden eisernen Überbauten. Der Platz für die anschließenden Stützmauern ist noch frei, aber nicht mehr lange, so wird auch hier rege Bautätigkeit herrschen. Den Treppenabgang daselbst will man umlegen und unter teilweiser Mitbenutzung des derzeitigen Durchganges mit einer Bedürfnisanstalt verbinden. Für die Herstellung der **Hafenbahnunterführung** sind die Vorbereitungen getroffen. Sie sperrt den alten Schloßgartenweg ab, der deshalb umgeleitet und schon seit längerer Zeit an dieser Stelle für den öffentlichen Verkehr nicht mehr zugänglich ist. Im oberen Schloßgartenviadukt häufen sich die Erdmassen, bald wird er ganz zugefüllt sein. Seinerzeit als Flutöffnung angelegt, hat er jetzt, nachdem der Rhein infolge der Regulierung diese Gegend überschwemmt, seine Daseinsberechtigung verloren. Das Gleiche gilt für den unteren Schloßgartenviadukt. An seine Stelle tritt aber eine 14 Meter weite, 40 Meter lange, pfeilerlose Unterführung des verlegten Schloßgartenweges.

Das Straßengesetz

Das Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht in Nr. 57 den Wortlaut des Straßengesetzes in der heute geltenden Fassung, ferner eine Verordnung des Finanzministers zum Vollzug des Straßengesetzes, die bereits am 10. d. M. in Kraft getreten ist.

Eine Verordnung des Staatsministeriums bestimmt, daß über die **Beitragspflicht der Gemeinden** zum Aufwand für Landstraßen die Wasser- und Straßenbaudirektion entscheidet; über die Frage, welcher Verband zur Unterhaltung eines öffentlichen Weges verpflichtet ist, falls das Land an dem Streite beteiligt ist, hat die Wasser- und Straßenbaudirektion zu entscheiden, andernfalls der Landeskommissär.

Aus der badischen Industrie

Die Weberei im Ettlinger Albtal: Der zusammengebrochene Blumenstein-Konzern, zu dem auch die Spinnerei und Weberei Ettlingen gehört, hat vor Jahren bei einer englischen Bank eine Anleihe von 10 Millionen *RM* aufgenommen und zur Sicherung dieses Geldes auf die dem Konzern angehörenden Werke hypothekarische Einträge vornehmen lassen: Wie der „Badische Landsmann" hört, sollen nun einige Herren aus England hier eintreffen, um den tatsächlichen Wert ihres Eintrages in Augenschein zu nehmen. Die Betriebe der Weberei Neurod und Frauenalb werden auf 1. Oktober teilweise stillgelegt werden. Mit einem geringen Teile der Belegschaft soll noch weiter gearbeitet werden.

Gemeinderundschau

37 000 Arbeitsuchende in Mannheim. Die Zählung der Arbeitslosen am 15. September d. J. ergab im Arbeitsamt Mannheim 36 960 Arbeitsuchende. Von diesen waren 29 068 Männer, 7892 Frauen. Auf die Stadt Mannheim entfielen 22 589 männliche, 6406 weibliche Meldungen, während der Landbezirk 6479 arbeitsuchende Männer und 1486 Frauen aufzuweisen hatte. Von diesen standen im Genuß von Arbeitslosenunterstützung 9234; Krisenunterstützung wurde 8587 Personen gewährt. Zu den Hauptunterstützungsempfängern kamen noch insgesamt 20 684 zuschlagsberechtigte Familienangehörige. Die Arbeitsmarktlage zeigte eine leichte Verschlechterung, die sich auf alle Berufe erstreckte.

Kein Verkauf des Heidelberger städtischen Obstgutes. Die Pressestelle der Stadt Heidelberg teilt mit, daß die durch das Städtische Wirtschaftsamt in einer auswärtigen Zeitung veranlaßte Ausschreiben des städtischen Obstgutes (Alter Kohlhof) zum Verkauf irrtümlicherweise und ohne Genehmigung des Oberbürgermeisters erfolgt sei. Die Stadtverwaltung halte eine Veräußerung städtischer Liegenschaften bei der derzeitigen Lage des Grundstücksmarktes für nicht zweckmäßig.

Kündigungen bei der Heidelberger Straßenbahn. Dem gesamten technischen Personal der Heidelberger Straßenbahn — etwa 340 Mann — wurde zum 30. September gekündigt. Die Verwaltung hat diese Maßnahmen getroffen, um einen Lohntarif zu geringeren Sätzen abschließen zu können.

Zum Ehrenbürger ernannt. Rektor Damian **Bender, in Ostringen** (Amt Bruchsal), der nach 44jähriger Lehrtätigkeit an der badischen Volksschule zum 1. Oktober in den verdienten Ruhestand tritt, wurde auf einmütigen Beschluß des Gemeinderates zum Ehrenbürger ernannt. Der Geehrte wirkte allein 22 Jahre in Ostringen.

Das Aufbauprorealgymnasium in Ettlingen, das seit 1927 besteht, fällt den Sparmaßnahmen zum Opfer. Ostern 1932 wird zunächst die Obersekunda abgebaut, Neuaufnahmen finden nicht mehr statt. Die übrigen Klassen sollen bis 1935 abgebaut sein.

Noch keine Getränkesteuer in Offenburg. Der Stadtrat **Offenburg** hat in seiner letzten Sitzung die Einführung der Getränkesteuer abgelehnt. Vorschläge, die auf anderem Wege eine Deckung des Etatsdefizits möglich wäre, wurden nicht gemacht. Der Stadtrat wird kaum in der Lage sein, seinen Beschluß aufrechtzuerhalten, sobald die Frage der Ausgleichung des Etatsdefizits gelöst werden muß.

Abbau des Realgymnasiums in Säckingen. Vom Kultusministerium wurde der Leitung des Realgymnasiums Säckingen mitgeteilt, daß die beiden Primen nicht mehr weitergeführt werden sollen, d. h., daß die jetzigen noch bis zum Ende durchgeführt werden, so daß ab 1933 die Klassen erlöschen.

Eine Erklärung des Singener Bürgermeisters. Bürgermeister Dr. Kaufmann in **Singen a. H.** übergibt der Presse im Seegebiet eine Erklärung zu den über ihn kursierenden Gerüchten über seine Amtsmüdigkeit. Trotz eines günstigen Angebots aus der Industrie habe er sich entschlossen, im Interesse der Stadt Singen, die sich zur Zeit wie fast alle deutschen Gemeinden in großen Schwierigkeiten befindet, darauf zu verzichten, einmal, weil er sich nicht nachsagen lassen wolle, daß er die Stadt gerade jetzt in dieser Notzeit im Stiche lasse und zum anderen, daß er aus materiellen Gründen — wegen den Gehaltsreduzierungen — sein Amt niederlege und in eine besser bezahlte Stellung gehe.

Villingen erhält Staatspolizei. Ab 1. Oktober wird Villingen Staatspolizei erhalten. Von der städtischen Polizei werden alle Beamte bis auf zwei, die wegen vorgerückten Alters pensioniert werden, von der Staatspolizei übernommen werden.

Staatsanzeiger

Monats-Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Baden

Monat April/Juni das Rechnungsjahres 1931.

(Beträge in Tausend Reichsmark)

A. Ordentlicher Haushalt.

	Jahressoll (Haushaltssoll)	Ist-Einnahme oder Ist-Ausgabe für April/Juni 1931
	1	2
I. Einnahmen:		
1. Steuern	177 019	—
Davon ab: Überweisungen an die Gemeinden und Kreise	34 664	—
verbleiben:	142 355	28 223
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe	22 305	—
Davon ab: Zuschüsse an Betriebe	15 522	—
verbleiben:	6 783	1 468
3. Sonstige Einnahmen:		
a) Rechtspflege	15 640	3 178
b) Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	24 030	4 087
c) übrige Landesverwaltung	57 442	9 [illegible]
Einnahmen insgesamt (nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	246 250	46 755
II. Ausgaben:		
1. Allgemeine Verwaltung	48 878	10 460
2. Justiz (Rechtspflege)	22 673	5 404
3. Verkehrswesen	24 408	4 004
4. Unterrichtswesen, Wissenschaften und Künste, Kultus	90 842	22 045
5. Soziale Maßnahmen und Gesundheitswesen	19 454	753
6. Wohnungswesen	5 900	131
7. Schuldendienst	—	—
8. Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung	28 422	6 421
9. Sonstige Ausgaben	10 235	2 118
Ausgaben insgesamt	250 812	51 336
Einnahmen insgesamt	246 250	46 755
Mithin Mehrausgabe	4 562	4 581
Mehreinnahme	—	—

B. Außerordentlicher Haushalt.

	Haushaltssoll für 2 Jahre	
I. Einnahmen:		
Insgesamt	25 310	14 879
II. Ausgaben:		
1. Landeskulturwesen	1 084	264
2. Verkehrswesen	—	—
3. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	—	—
4. Wohnungswesen	18 279	11 106
5. Sonstige Ausgaben der Hoheitsverwaltungen	5 876	3 372
6. Für Unternehmungen und Betriebe	—	—
Ausgaben insgesamt	25 239	14 742
Einnahmen insgesamt	25 310	14 879
Mithin Mehrausgabe	—	—
Mehreinnahme	71	137

Abschluß

Ende Juni 1931

A. Ordentlicher Haushalt.

Mehrausgabe aus den Monaten April bis einschließlich Juni 1931 . . . . . 4 581

B. Außerordentlicher Haushalt.

Mehreinnahme aus den Monaten April bis einschließlich Juni 1931 137

Anmerkung: Mit Rücksicht auf die Ungleichheit im zeitlichen Vollzug und die teils vorschußweise Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben während der einzelnen Monate des Rechnungsjahres lassen sich zuverlässige Schlußfolgerungen auf den Abschluß der Hauptstaatsrechnung auf Ende des Rechnungsjahres im Vergleich zum Haushaltsplan aus obiger Darstellung nicht ziehen. Beim Jahressoll sind die durch die Notverordnungen bedingten Änderungen nicht berücksichtigt.

Karlsruhe, den 17. September 1931.

Der Minister der Finanzen.
Dr. Mattes

Aus der Landeshauptstadt

Albert Geiger-Feier im Karlsruher Hausfrauenbund. Seinen ersten Teenachmittag in diesem Herbst verband der **Karlsruher Hausfrauenbund** mit einer schlichten Gedächtnisfeier für **Albert Geiger**, den bekannten badischen Dichter, an dessen 65. Geburtstag vor kurzem auch an dieser Stelle erinnert wurde. Es war ein würdiger Auftakt für die kommende Winterarbeit des Bundes, der trotz der Not der Zeit stets bemüht bleibt, seinen Mitgliedern bei solcher Gelegenheit etwas Besonderes zu bieten. Dem bedeutenden Anlaß entsprechend hatten sich überaus zahlreiche Zuhörerinnen eingefunden, als in einer kurzen Gedenkrede, vor allem auf die vielleicht wesentlichste Seite an Geigers Dichterpersönlichkeit, auf seine der deutschen Frau gewidmete Lyrik nachdrücklichst hingewiesen wurde. Denn Geiger sang ja nicht bloß das Lob der Frau in unzähligen Minneliedern, tiefer noch beschäftigte ihn der Gedanke an die Mutter, und der Liebe zu ihr gab er unvergessenen Ausdruck in Gesängen, aber auch in mehreren Romanen. Mit einer trefflich gewählten Auslese aus seinen Gedichten vertiefte sodann Frau **Elsa Geiger-Metzger** auch durch packenden Vortrag das geschilderte Lebensbild. Nicht minder wirkungsvoll rundete des weiteren Frau **Mädy Metzger-Ziegler** den empfangenen starken Eindruck mit drei Liedern nach Worten des Dichters von Behm, Clara Faißt und Max Tiede. Ihrem prächtigen, gerade für den Konzertsaal sehr geeigneten Sopran gesellte sich später in Duetten noch die hübsche Stimme ihrer begabten Schülerin **Anny Blasy**. Beiden Sängerinnen und auch ihrem aufmerksamen Begleiter **Hans Georg Sulzberger** wurde lebhafter Beifall zuteil.

H. Sch.

Grundsteinlegung des Neubaues der Evang. Diakonissenanstalt. Das 80. Jahresfest der Evang. Diakonissenanstalt in Karlsruhe wird sein besonderes Gepräge durch die damit verbundene Grundsteinlegung des Neubaues der genannten Anstalt erhalten, die am 27. September, nachm. 3 Uhr, auf dem Bauplatz der Diakonissenanstalt in Rüppurr vor sich gehen wird. Auf dem seinerzeit von Staat und Stadt erworbenen Gelände sollen sich die gewaltigen Bauten des Mutterhauses und Krankenhauses erheben. Am 28. September, nachm. 2 Uhr, findet sodann das 80. Jahresfest in der Evang. Stadtkirche in Karlsruhe statt.

Badisches Landestheater. Franz Cammerlohrs dreiaktiges **„Tempo über hundert"**, dessen Erstaufführung am Freitag, dem 25. September, stattfindet, wird von Ulrich von der Trenck in Szene gesetzt. In der weiblichen Hauptrolle, der Sängerin Geraldine Soria, stellt sich die neue Salondame Lola Erwig auf ihrer hiesigen Wirkungsstätte zum erstenmal vor. Die beiden männlichen Hauptrollen werden von Felix Baumbach und Stefan Dahlen dargestellt. Neben ihnen wirken noch Marie Frauendorfer und die Herren Gemmecke, Höcker, Luther und Prüter in wichtigen Aufgaben mit. — Ferner sei auf die am Sonntag, dem 27. September, im Konzerthaus stattfindende Erstaufführung der Schwank-Operette **„Frauen haben das gern"**, empfehlend hingewiesen, deren Musik unter textlicher Verwendung des seinerzeit auch hier mit stärkstem Publikumserfolg gegebenen Schwankes **„Der keusche Lebemann"**, von Arnod und Bach, von dem bekannten Komponisten Walter Kelle stammt. Die zündenden Gesangstexte lieferte der vielgeschätzte Humorist Rideamus. Das noch junge Genre der Schwank-Operette und des modernen Singspiels hat sich auch bei uns durch die Aufführungen von **„Meine Schwester und ich"**, **„Wie werde ich reich und glücklich?"** und **„Meine Frau, das Fräulein"**, in der vorigen Spielzeit mit außerordentlichem Glück eingeführt, so daß auch dem neuen Erzeugnis dieser schnell und beliebt gewordenen Gattung der Erfolg hier nicht versagt bleiben dürfte.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Donnerstagmorgen. Der hohe Druck über England hat einen Keil nach Osten vorgetrieben. Gleichzeitig entfernt sich die ungarische Störung weiter nach Osten. Unsere Witterung wird bis auf weiteres durch den hohen Druck bestimmt sein. **Voraussage:** Meist heiter und trocken. Bei nordöstlichen Winden weiterhin sehr kühl, nur um Mittag etwas wärmer. Örtliche Strahlungsfröste. Frühnebel.

Kurze Nachrichten aus Baden

Winter im Schwarzwald

DZ. **Freiburg i. Br.**, 23. Sept. Über dem Schwarzwald tauchten schon im Laufe des Sonntags düstere, eisig kalte Nebelschwaden auf, die bald das ganze Gebirge einhüllten. In der Nacht auf Montag ging die Temperatur in fast sämtlichen Bergzonen über 1200 bis 1400 Meter unter den **Gefrierpunkt** zurück. Auch in den mittleren Tälern war der Temperaturrückgang kraß, und er betrug gegenüber dem Sonntag oft bis zu 10 Grad. Niederschläge in Form von Graupeln und Schnee fielen während des Montags in den höchsten Teilen des nördlichen und südlichen Schwarzwaldes, wo es unvermittelt Winter geworden ist. In der vergangenen Nacht ging das Thermometer auf dem Feldberg sogar bis 5,4 Grad unter Null zurück, nachdem es am Dienstag den Nullpunkt schon nicht mehr erreichen konnte. Die Frostgrenze ist bis weit in die Täler hinuntergedrückt worden und sogar in Freiburg wurde der Nullpunkt erreicht. Am Tage des Herbsteinzugs hat also schon der Winter sein Regiment angetreten.

*

bld. **Baden-Baden**, 23. Sept. Auch im mittleren und nördlichen Schwarzwald hat es in der Nacht zum Mittwoch **geschneit**, und zwar bis auf 500 bis 600 Meter herunter. Auf Kaltenbronn-Hohloh sank das Thermometer auf unter Null.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 56 enthält das Ergebnis der jüngsten Ministerwahl und die vom Landtag angenommenen Notgesetze über Änderungen im Staatshaushalt, über die Ausfallgarantie für Lieferungsgeschäfte nach Rußland und über die Bürgschaft des Landes für einen Sparkassen-Wechselkredit, ferner eine Verordnung über Einrichtung von Thomasschlackenanlagen.

DZ. **Ettlingen**, 23. Sept. Wie die „Bad. Presse" meldet, wurde Kanzleiassistent a. D. **Beetz**, Stiftsfondsrechner der katholischen Pfarrgemeinde, verhaftet. Er steht im Verdacht, große **Unterschlagungen** begangen zu haben.

bld. **Freiburg**, 23. Sept. Seinen **90. Geburtstag** kann morgen in beneidenswerter, körperlicher und geistiger Frische Hauptlehrer a. D. **Martin Becker** in Freiburg begehen. Der Jubilar, der seit 1906 im Ruhestand lebt, dürfte einer der ältesten badischen Schulmänner sein.

Das Notstandsprogramm von Auenheim. Der Bürgerausschuß Auenheim (A. Kehl) hatte sich in seiner letzten Sitzung mit der Erweiterung der Notstandsarbeiten im Gewann Bremenwörth um weitere 1000 Tagewerke mit einem Kostenaufwand von 8000—9000 RM. befaßt, um noch zwei weitere Felder des geplanten Bebauungsplanes zu vollenden. Die Vorlage fand einstimmige Annahme. Bisher sind 20 500 RM. für Notstandsarbeiten aufgewendet worden.

Die **Besetzung des Waldshuter Bürgermeisterpostens.** Vor Jahresfrist ist der frühere Bürgermeister von Waldshut, Dr. Horster, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Zur Zeit versieht immer noch der vom Staatsdienst beurlaubte Bürgermeisterstellvertreter die Bürgermeistergeschäfte. Auf Anordnung des Bezirksamtes muß nun aber bis zum 9. Oktober eine Entscheidung über die **Wiederbesetzung des Waldshuter Bürgermeisterpostens** herbeigeführt werden.

Handel und Wirtschaft

Diese Woche noch keine Börsen. Nach einer Bekanntmachung des Börsenvorstandes zu Berlin findet in dieser Woche eine Notiz von Wertpapieren und Devisen an der **Berliner Börse** nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisenkurse werden in der Reichsbank festgestellt werden. — In der Zusammenkunft der **deutschen Börsenvorstände** wurden die für baldige Wiederherstellung der amtlichen Wertpapiernotierungen sprechenden Gründe eingehend gewürdigt. Ein bestimmter Tag konnte hierfür noch nicht festgesetzt werden. Es ergab sich aber Einmütigkeit darüber, daß nach Klärung der jetzigen Lage — wenn möglich in der nächsten Woche — die Wiedereröffnung alsbald erfolgen soll. Es wurde dem Berliner Börsenvorstand übertragen, hierüber nach Fühlungnahme mit den übrigen Börsenvorständen zu beschließen.

Zur Eröffnung der Londoner Börse. Die Londoner Presse bekundet ihre Befriedigung über den erfolgreichen Ausgang des Wagnisses, den Verkehr an der Fondsbörse am Mittwoch ohne jede Einschränkung wieder aufzunehmen. „Financial News" erklärt zusammenfassend: Erstens hat der kleine Kapitalanleger keineswegs Unruhe gezeigt, sondern im Gegenteil volles Vertrauen zum Kredit des Landes bezeugt. Zweitens war die Verkaufslust, die von seiten auswärtiger Banken erwartet wurde, nicht dringend genug, um diese zu veranlassen, den mit einer solchen Operation verbundenen Verlust hinzunehmen. Der Gang der Geschäfte hat den Markt überrascht.

Beschränkte Wiederaufnahme des Börsenhandels in der Schweiz. An der Basler Börse wurde am Mittwoch der Comptant-Handel in sämtlichen Obligationen und Aktien unter Einhaltung einer zweitägigen Lieferfrist wieder zugelassen.

Gegen die Zusammenlegung der badischen Handelskammern. In ihrer letzten Vollversammlung nahm die Handelskammer für den **Kreis Konstanz** eine Entschließung an, in der gegen die Zusammenlegung der badischen Handelskammern ernste Bedenken erhoben werden.

Katastrophaler Rückgang der Viehpreise. Der 34. Zentralzuchtviehmarkt des Verbandes Oberbadischer Zuchtgenossenschaften in **Radolfzell** hat den Viehzüchtern große Enttäuschungen gebracht. Wenn auch der Absatz der Zahl nach im allgemeinen als befriedigend und die Preise für ganz erstklassiges Zuchtmaterial noch als annehmbar angesehen werden können, so muß doch festgestellt werden, daß gegenüber dem letzten Jahre ein nahezu katastrophaler Rückgang der Preise zu verzeichnen ist. Aufgetrieben wurden von den 9 Zuchtgenossenschaften des Verbandes insgesamt 535 Zuchttiere, und zwar 316 Farren, 13 Kühe und 206 Rinder und Kalbinnen. Am Schlusse des Marktes konnten im ganzen 308 Tiere = 57,5 Prozent als verkauft verzeichnet werden, nämlich 215 Farren, 8 Kühe, 85 Rinder und Kalbinnen. Der Erlös hierfür belief sich im ganzen auf 146 194 RM, so daß der Durchschnittspreis für ein Tier 474 RM betrug. Dies bedeutet gegenüber dem letzten Jahre einen Mindererlös von 223 RM pro Tier. Der größte Teil der verkauften Tiere blieb im Lande Baden selbst, wobei erfreulicherweise Unterbaden in hohem Maße als Käufer vertreten war. Ein Teil der Tiere ging nach Hessen, Württemberg, Hohenzollern und Bayern.

Veränderte Hopfen-Weltmarktlage. In Hopfen hat sich die Weltmarktlage seit Juli gründlich gewandelt. In der belgischen Zeitung „Neptun" schreibt der Präsident der Belgischen Gesellschaft für Hopfenforschung: Die schlechte Witterung des Augusts und die Mutlosigkeit der Pflanzer haben infolge der schlechten Preise die Welternte vermindert. Die Schätzung vom 1. August 1931 ging auf 1 262 000 Zentner, der Ernteausfall beträgt 315 000 Zentner, so daß das tatsächliche Ergebnis der Ernte 947 000 Zentner betrug. Man schätzt, daß nur ein Drittel Primahopfen ist, so daß trotz dem verstopften Markte **die Nachfrage bald das Angebot in Prima übersteigen** dürfte.

Gründung einer schweizerischen Großbank. Die Aktionäre des Comptoir d'Escompte in **Genf** haben sich am Dienstagnachmittag für die Fusion mit der Union Financière ausgesprochen. Die neue Genfer Großbank **Banque d'Escompte de Suisse** (Schweizerische Discontbank) ist hiermit geschaffen. Die Aktionäre der Union Financière hatten sich bereits vorher für die Fusion ausgesprochen.

Kohlenkonferenz in London. Am 30. September tritt in London eine internationale Kohlenkonferenz zusammen, die von England, Deutschland, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, Belgien und Holland beschickt werden wird. Man will die allgemeine Lage des Exporthandels in Europa und ihre Wirkung auf die verschiedenen Kohle produzierenden Länder erörtern. Die Initiative zu der Konferenz ging von den britischen Grubenbesitzern aus. Sie wird als ein bedeutender Schritt auf dem Wege zu einer allgemeinen Verständigung angesehen.

Geschäftseröffnung!

Die Verkaufsstelle Karlsruhe der Großschlächterei Nußhag ist im Hause **Kreuzstraße 27** eröffnet und bietet diese dem verehrlichen Publikum bisher nie gebotene Einkaufsvorteile. Wir bringen morgen zum Verkauf:

Ia. roter Schwartenmagen	¼ Pfd. 12 Rpf
Ia. weißer Schwartenmagen	¼ Pfd. 15 Rpf
Hausmacher-Leber- und Blutwurst	¼ Pfd. 16 Rpf
Fleischwurst	¼ Pfd. 18 Rpf
Knackwurst	¼ Pfd. 21 Rpf
Wiener Würstchen	¼ Pfd. 28 Rpf
Bierwurst	¼ Pfd. 35 Rpf
Schweineschmalz, mit Ia. Speiseöl ausgelassen	½ Pfd. 9 Rpf
Schweinefleisch zum Braten	Pfd. 98 Rpf
Schweinekotelette	Pfd. 1,08 RM
Rindfleisch zum Kochen und Braten	Pfd. 88 Rpf

Um geneigten Zuspruch bittet

Groß-Schlächterei Nußhag

Verkaufsstelle Karlsruhe i. B.

Kreuzstr. 27, beim alten Bahnhof

im Hause Bäckerei Reiff. L.427

Badisches Landestheater

Freitag, 25. Sept. 1931.

*F 1 (Freitagmiete)

Th.-Gem. 701—800

Zum erstenmal:

Tempo über hundert

Von Franz Cammerlohr

Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:

Erwig, Frauendorfer, Hebeisen, Baumbach, Dahlen, Gemmecke, Höcker, Kienscherf, Luther, Mehner, Prüter, Cortiaux, Kuhr, H. Müller, Seibert

Anfang 20 Ende nach 22

Preise A (0,60—3,50 RM)

Sa. 26.9. Im weißen Rößl. So. 27.9. Unter Leitung des Komponisten: Die Frau ohne Schatten. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Frauen haben das gern.

Badische Lokaleisenbahnen A.-G.

Aus dem Aufsichtsrat sind folgende Herren ausgeschieden:

Bürgermeister Dr. Paul Potyka in Baden-Baden und Rechtsanwalt Otto Heinrich Schmitt in Bretten.

Neu gewählt wurden die Herren

Oberbürgermeister Dr. Finter in Karlsruhe und Reichsbahnoberinspektor Friedrich Hall in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 23. September 1931. L.425

Der Vorstand.

Durch Beschluß der Gesellschafter der **H. Fuchs Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Karlsruhe vom 7. 8. 1931 ist das Stammkapital der Gesellschaft um 300 000,— RM herabgesetzt worden. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden. L.398

Karlsruhe, 9. Sept. 1931.

H. Fuchs Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Philipp Fuchs.
Dr. Fuchs.

B.201. **Karlsruhe.** Ueber das Vermögen des **Max Georg Grole jr.**, Baugeschäft in Karlsruhe, Marienstr. 86, wurde heute mittag 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Volkswirt Julius Hepp hier, Kolpingstr. 12. Vergleichstermin ist am **Montag, den 19. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 21. September 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.**

B.202. **Karlsruhe.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Theodor Zenker**, Hutgeschäft in Karlsruhe, Kaiserstraße 61, ist auf Antrag des Konkursverwalters die Gläubigerversammlung auf **Freitag, den 2. Oktober 1931, vormittags 11 Uhr**, Akademiestraße 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 253, vor das Amtsgericht hier berufen zur Beschlußfassung über die Verwendung des restlichen Warenlagers und der Ladeneinrichtung. Gleichzeitig findet die Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung statt. Karlsruhe, den 18. September 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.**

B. 203. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Rosenberg & Schindler**, Tuchgroßhandlung in Karlsruhe, Sophienstr. 13, ist zur Bestellung eines Gläubigerausschusses und zur Beschlußfassung über die Unterstützung der Gemeinschuldnerin Termin bestimmt auf: **Freitag, den 2. Oktober 1931, nachmittags 4 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 40. Karlsruhe, den 19. September 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.**

Wir werben für Sie!

B.204. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Ludwig Gräber** in Teutschneureut wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, den 14. September 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.**

Adelsheim. R.635

Güterrechtsregister Bd. I S. 293: **Ehmann** Christian, Händler und dessen Ehefrau Berta geb. Reichert in Sennfeld: Ehevertrag vom 16. September 1931: Vollständige Gütertrennung (§ 1426 B.G.B.).

Adelsheim, 23. Sept. 1931.
Amtsgericht.

Öffentliche (Städt.) Sparkasse Buchen

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM
Kasse	12 363,62
Bad. Komm. Landesbank, Mannheim u. Karlsruhe	127 141,82
Postscheck	8 827,98
Wechsel	77 021,38
Kontokorrentkredite	471 124,12
Eigene Wertpapiere	49 569,91
Feste Hypothekendarlehen	580 079,54
Gemeindedarlehen	130 757,51
Einlage beim Spargiroverband	52 300,—
Grundstückskaufgelder	623 885,71
Lombarddarlehen	1 500,—
Schuldscheindarlehen (Bürgschaft	151 881,31
Einnahmerückstände	59 926,99
Grundstücke und Gebäude	56 467,10
Gerätschaften	10 986,95
Ultimoanlagen (Termingeld	100 000,—
Aufwertungsforderungen	182 182,38
Aufwertungsabrechnungskonto	363 516,52
	3 059 532,84

Passiva		RM
Spareinlagen		2 090 531,15
Giroeinlagen		102 104,01
Anlehenskapitalien		18 716,26
Aufwertungsspareinlagen		653 828,59
Gesetzl. Reservefonds: 1929	98 205,85	
Zugang 1930	11 425,90	109 631,75
Gewinnvortrag 1929		60 367,29
Gewinn 1930 abzügl. Zuteilung an Reservefonds 11 425,90 RM		24 358,70
		3 059 532,84

Die gesetzliche Rücklage hat lt. Satzung zu betragen:
5% aus 2 192 635,— RM . . . . . = 109 631,75 RM
Sie beträgt Ende 1930 . . . . . = 109 631,75 RM

Buchen, den 7. August 1931. R.634

Oeffentliche (Städt.) Sparkasse Buchen

Der Verwaltungsrat: gez.: Dr. Schmidt, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: gez.: Dr. G. Munz, Sparkassendirektor.

Druck G. Braun, Karlsruhe